

Überarbeitung der Fortschreibung aufgrund des BMG

Problemstellung

Auf Basis des Bundesmeldegesetzes sind die Anlässe der Fortschreibung sowie der Datenumfang der Fortschreibung zu überarbeiten. Zusätzlich dazu soll eine Neustrukturierung des Kapitels erfolgen, so dass das Kapitel der Anlass-bezogenen Darstellung folgt. Außerdem sollen Erfahrungen aus dem Betrieb in die Überlegungen der Überarbeitung mit einbezogen werden.

Lösung

Mit den Überlegungen zur Umstellung des Kapitels auf die Anlass-bezogene Sicht wurden folgende Punkte erkannt:

- bzgl. des Anlasses „Fortschreibung des Melderegisters“ scheint eine Untergliederung sinnvoll, die sich an § 3 Abs. 1 und 2 BMG orientiert
- Eine Sortierung der bestehenden Nachrichten zu diesen Anlässen ergibt Klärungsbedarf, der im Rahmen des BMG-Release nicht gänzlich bearbeitet werden kann, jedoch eine zügige Bearbeitung nahelegt
- Die Frage, ob es notwendig ist für fast jedes DSMeld-Feld bzw. jede mögliche Einzeländerung oder Korrektur eine eigene Nachricht benötigt, wurde im EG diskutiert. Das Zusammenführen der Nachrichten zu jeweils (i. d. R.) einer Nachricht pro Anlass scheint angemessen.
- Aus zeitlichen Gründen wird zum BMG-Release jedoch nur das nötigste an dem Kapitel Fortschreibung geändert. Dies betrifft insbesondere die Ergänzung der fortzuschreibenden Informationen gemäß BMG.
- Da die Reduzierung der Nachrichten sinnvoll erscheint, wurden die neu hinzukommenden Informationen in bereits bestehende Nachrichten integriert.
- in einem Folge-CR wird auf Basis des Neuentwurfs des Kapitels mit der Anlass-Bezogenen Sicht auch eine Zusammenlegung der Nachrichten bearbeitet.

Da Nebenwohnungen zukünftig nur noch bei der Meldebehörde der Hauptwohnung abgemeldet werden dürfen, bedarf es einer Überarbeitung der Fortschreibungenachrichten, die derzeit auch noch von der Nebenwohnung an die Hauptwohnung gesendet werden können. Statt diesen Weg zum 01.05.2015 abzuschaffen, soll per Handlungsanweisung klargestellt werden, dass die Nachrichten zur Abmeldung einer Nebenwohnung durch die Nebenwohnungsmeldebehörde noch für einen Übergangszeitraum zur Verfügung stehen, damit die Qualität der Daten in den Melderegistern in der Umstellungsphase nicht geringer wird.

Antragsdetails

Antragsteller: EG XMeld

Erfasst am: 23.07.2012

Bezug:

Analyse des Änderungsantrags

Das Kapitel Fortschreibung ist aufgrund der Regelungen im Bundesmeldegesetz zum 01.11.2014 zu überarbeiten:

"(3) Werden die in § 3 Absatz 1 und 2 Nummer 7 und 8 bezeichneten Daten fortgeschrieben, so sind unverzüglich die für weitere Wohnungen der betroffenen Person zuständigen Meldebehörden zu unterrichten, soweit die Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Verstirbt oder verzieht eine meldepflichtige Person, zu der Daten der in § 3 Absatz 1 Nummer 9, 15 und 16 genannten Personen außerhalb der Zuständigkeit der Meldebehörde gespeichert sind, ist unverzüglich die für diese Personen zuständige Meldebehörde über die Fortschreibung zu unterrichten.

(4) Speichert die Meldebehörde eine Auskunftssperre nach § 51 im Melderegister oder hebt die Meldebehörde eine Auskunftssperre auf, so hat sie hierüber die für die letzte frühere oder die neue Wohnung zuständige Meldebehörde und die für weitere Wohnungen zuständigen Meldebehörden unverzüglich zu unterrichten. Diese Meldebehörden haben die Auskunftssperre nach § 51 unverzüglich im Melderegister zu speichern und im Falle der Aufhebung zu löschen."

Zusätzlich zur Anpassung der Fortschreibung an das Bundesmeldegesetz, wird das Kapitel neu strukturiert. Es orientiert sich dabei an der Anlass-bezogenen Darstellung.

Lösungsvorschlag im Änderungsantrag

Aufgrund der Anpassung des Datenkataloges, der in der Meldebehörde zu speichern ist (§ 3 BMG) ist auch die Fortschreibung anzupassen. Neben Fortschreibenachrichten, die an die Nebenwohnungen gesendet werden, werden voraussichtlich auch Fortschreibenachrichten an die Meldebehörden beigeschriebener Personen (Ehegatten, Lebenspartner, Kinder, gesetzliche Vertreter) notwendig. Details hierzu gibt es derzeit noch nicht. Zudem sind höchstwahrscheinlich für betroffene und beigeschriebene Personen eingetragene Auskunftssperren an die weiteren beteiligten Meldebehörden zu melden. Innerhalb des EG wird davon ausgegangen, dass diese Nachrichten auch quittiert werden müssen. Dies ist aber noch zu prüfen.

Anlässe für die Fortschreibung beigeschriebener Personen

- § 33 Abs. 3: Durch Tod oder Verziehen einer Person wird laut § 33 Abs. 3 BMG eine Fortschreibenachricht an die für beigeschriebene Personen zuständigen Meldebehörden übermittelt. Eine Aussage zur Fortschreibung bei Änderung von Daten wird nicht gemacht. Es ist daher noch zu prüfen, ob Tod und Wegzug die einzigen Anlässe für eine Fortschreibung sind. (z. B. fehlt die Eintragung der IdNr als Fortschreibungsgrund)
- **Initialdatenlieferung für Anschriften von Kindern an die Meldebehörde des gesetzlichen Vertreters**
Es könnte eine Initialdatenlieferung für die Anschriften des Kindes an die Meldebehörde des gesetzlichen Vertreters geben. Zudem muss geklärt werden, ob die Anschriften im Rahmen einer Fortschreibung oder einer Rückmeldung erfolgen sollen.
- (unklar noch von zu prüfen : nnnn Initialdatenlieferung für Anschriften des ausw. EG/LP an dessen sämtliche Wohnsitzgemeinden (erweiterte 0231))
- **Übermittlung der Auskunftssperre bei beigeschriebenen Personen**
Die Eintragung einer Auskunftssperre einer beigeschriebenen Person wird nicht als Fortschreibungsgrund angegeben. Es ist zu prüfen, ob sie trotzdem übermittelt werden sollen. Ansonsten entsteht eine Lücke im MR.

- **Prüfung aller Nachrichten**
Grundsätzlich gilt: Anpassung an neue DSMeld-Felder, Änderung von Schlüsseln, Schlüssel Tabellen, Ordnungsmerkmale dürfen übermittelt werden
weitere Fragen
 - Was ist das Zuordnungsmerkmal des Wohnungsgebers? (§19 Abs. 4)
 - Sind die Daten des Wohnungsgebers zu übermitteln?
Wohnungsgeber. Es können Daten des Wohnungseigentümers, und, wenn er nicht Eigentümer der Wohnung ist, des Wohnungsgebers gespeichert werden (§3 Abs. 2 Ziff. 10)
Fortschreibungen der Daten des Wohnungsgebers selbst sind nicht vorgesehen
 - Nach Vorliegen der finalen Datenübermittlungsverordnungen (1.BMeldDüV) müssen die nachfolgenden Ergebnisse noch verifiziert werden.
 - a) Ist die Nachricht überhaupt berechtigt ?
 - b) darf die Nachricht überhaupt gesendet werden?
 - c) gibt es noch weitere Nachrichten die sich aus den rechtlichen Grundlagen ergeben?
- Beispiel: „Informelle Selbstbestimmung an NW“
Grundlage für die Beurteilung kann sein BMG sowie ggf. „Düven“.
- Prüfung von Nachrichten:
Nachrichtenkopf bleibt unverändert
wohnung.sender und wohnung.empfänger sind weiterhin sinnvoll.
- Im Rahmen der Prüfung ist aufgefallen, dass bei Eintreffen einer Fortschreibungsnachricht unter Umständen wohnung.empfänger oder wohnung.sender abweichend zu den vorhandenen Daten sein können. Für diesen Fall ist bisher nur ein Freitext-Prozess definiert. Ist in diesem Fall die Verarbeitung der Fortschreibung nicht zulässig?
- identifikation.fortschreibung.wohnung = Status der Wohnung UND optional "Art der Wohnung" sind im Kopf mitzuteilen. Prüfen, ob DSMeld-Blätter 1213 und 1213a zu berücksichtigen sind. Ist zu der Identifizierung die "Art der Wohnung" (neu / 1213a) notwendig? Tendenz der Arbeitsgruppe : eher nein
- Frage: Wie weit soll innerhalb der Arbeitsgruppe eine mögliche Konsolidierung der bestehenden Fortschreibungsnachrichten erarbeitet werden? Die Arbeitsgruppe wird eine Zusammenfassung der Nachrichten nicht in den Fokus stellen. Entscheidung hierüber ist im EG zu treffen. (Nettonachrichten vs. Bruttonachrichten?)

Bewertung

Bewertungskriterien										Aufwandsschätzung	
Gesetzliche Vorgabe	Fehler	Eindeutigkeit	XÖV-Konformität	Erleichterung MB	Erleichterung AB	XMeld-Prozesse	Wartbarkeit	Fachlicher Aspekt	Detail	Betroffene Dokumente	
1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Verwandte CRs	

Bewertet durch: CAB 02

Bewertet am: 2012-08-31

Der Änderungsbeirat stimmt zu, dass das Fortschreibungskapitel aufgrund der unter § 3 BMG neu genannten Daten anzupassen ist. Dem Beginn der Arbeiten an dieser Stelle steht nichts entgegen.

Die Frage, ob statt Netto-Nachrichten Fallbezogene "Brutto"-Nachrichten für die Fortschreibung geeignet seien, kann vom Gremium mit niedriger Priorität erörtert werden. Es spricht jedoch aus Sicht von Herrn Sartorius das Prinzip der Datensparsamkeit gegen eine vollständige Brutto-Nachricht. Ob geeignete Anlässe in einer Nachricht zusammengefasst werden können (z. B. bei Heirat: Namensänderung und Änderung des Familienstands) bleibt zu prüfen.

Bearbeitung

Wartend auf:

Betrifft	Aktivität	Status Mod	Status Test
CR	CR stellen für Release L oder M für die Optimierung der Fortschreibung		
Klärung	Klärung, welche Daten gem BMG in die Fortschreibenachrichten aufgenommen werden müssen		
Spezifikation	Aufnahme der neuen Datenfelder in die Fortschreibenachrichten		

Bearbeitet durch: AG Begriffe

Bearbeitet am: 2012-10-18

Bearbeitungsdauer:

Bei der Begriffserklärung des Kapitels sollte eine Klarstellung zum Begriff Fortschreibungsnachricht erfolgen. z. B. "Nach einer Änderung oder Korrektur (Fortschreibung) des eigenen Melderegisters werden weitere zuständige Meldebehörden mit Fortschreibungsnachrichten über die Fortschreibung informiert"

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2013-06-17

Zu den folgenden Punkten aus dem Lösungsvorschlag liegen neue Erkenntnisse vor:

"Anlässe für die Fortschreibung beigeschriebener Personen"

- § 33 Abs. 3: Durch Tod oder Verziehen einer Person wird laut § 33 Abs. 3 BMG eine Fortschreibenachricht an die für beigeschriebene Personen zuständigen Meldebehörden übermittelt. Eine Aussage zur Fortschreibung bei Änderung von Daten wird nicht gemacht. Es ist daher noch zu prüfen, ob Tod und Wegzug die einzigen Anlässe für eine Fortschreibung sind. (z. B. fehlt die Eintragung der IdNr als Fortschreibungsgrund)"

Die Fortschreibung der Daten von Ehegatten und Lebenspartnern wird aus der Fortschreibung herausgenommen und in das Kapitel "Rückmeldung und Fortschreibung von Partnerdaten" aufgenommen. Es liegt ein eigener CR für die Bearbeitung vor. Daten zu Kindern und gesetzlichen Vertretern werden zu XMeld-Release 2.0 nicht aufgenommen.

- **"Initialdatenlieferung für Anschriften von Kindern an die Meldebehörde des gesetzlichen Vertreters"**

Es könnte eine Initialdatenlieferung für die Anschriften des Kindes an die Meldebehörde des gesetzlichen Vertreters geben. Zudem muss geklärt werden, ob die Anschriften im Rahmen einer Fortschreibung oder einer Rückmeldung erfolgen sollen."

Nicht zu XMeld 2.0

Weitere Fragen wurden von Frauke Zecher im Rahmen der Patenschaft für das Fortschreibekapitel aufgeworfen

1. *"Die grundlegenden Begriffe und damit auch die Datenübermittlungsanlässe unterscheiden bei der Fortschreibung zwischen einer **Änderung und einer Korrektur**, die Nachrichten tun dies nicht (z. B. 0066 = Religionsänderung/-Korrektur). Die Einteilung kann meiner Meinung nach entfallen bzw. zusammengeführt werden?! Wird die Einteilung Aufrechterhalten ist mir die die Unterbringung der Nachrichten in den Datenübermittlungsanlässen unklar."*

Hier macht es wahrscheinlich tatsächlich nur einen Sinn die Anlässe "Änderung" und "Korrektur" zusammenzuführen. Dies ist aber wahrscheinlich eine Ausnahmefall im Kapitel Fortschreibung.

2. *"Datenübermittlungsanlässe: Im früheren Abschnitt Nachrichten wurden alle Fortschreibungsnachrichten nach Kategorien eingeteilt (zum Beispiel Name, Religion usw.). Um bei der großen Anzahl an Nachrichten eine Struktur in die Datenübermittlungsanlässe zu bringen, macht diese Aufteilung nach Kategorien hier Sinn. Andernfalls scheint der Abschnitt nicht „lesbar“ werden zu können. Hierfür wurden entsprechende Unteranlässen der Datenübermittlung gebildet. Es ist zu prüfen ob das so bleiben kann, bevor mit aufwändigerer Bearbeitung des Abschnitts weitergemacht werden kann?"*

Vorschlag wurde aufgenommen in die Übersicht über die Datenübermittlungsanlässe. Dabei wurde sich an § 3 BMG orientiert. Der Entwurf ist noch abzustimmen. Er bedeutet für die Fortschreibung ggf. eine andere Reihenfolge.

3. *"Zudem wurden bereits die Unteranlässen Sterbefall, Geburt und Wohnungsstatuswechsel analog der grundlegenden Begriffe vorgegeben. Die bestehenden Fortschreibungsnachrichten lassen sich nicht in diese Aufteilung „hereinbasteln“. Können die Punkte in den Datenübermittlungsanlässen gelöscht werden? Wenn nicht wie soll damit umgegangen werden?"*

Diese Frage muss noch geklärt werden.

4. "Reduzierung der Fortschreibungsnachrichten:

Das Fortschreibungskapitel ist das umfangreichste Kapitel mit den meisten Nachrichten. Für fast jeden Fall gibt es eine spezielle Nachricht, so dass es auch in der Praxis schwer ist einen Überblick zu behalten. Die vielen unterschiedlichen Nachrichten führen oft zur Verwirrung und bringen telefonische Nachfragen mit sich. Der Pflegeaufwand scheint auch erheblich zu sein. Daher bieten sich zur Überarbeitung vier Varianten:

Variante 1: Alle Nachrichten durch eine oder zwei Bruttonachrichten ersetzen (eine für weitere zuständige MBn und eine evtl. für MBn der beigeschriebenen Personen).

Bruttonachrichten funktionieren im BZSt-Kontext gut, das Gegenargument der Datensparsamkeit gilt hier auch nicht. In der Fortschreibung werden den Meldebehörden zudem nur Daten mitgeteilt, die bei der empfangenden Meldebehörde ohnehin gespeichert sein sollten. Zudem kann die Schlüsseltabelle 53 verwendet werden, die wohl auch XAusländer nutzt.

Variante 2: Zu den gebildeten Datenübermittlungs-Unteranlässen nur noch je eine Nachricht erstellen, die den Kontext abbildet. Beim Unteranlass „Name und Titel“ gibt es dann zum Beispiel statt 11 Nachrichten nur noch eine Nachricht, in der („bruttomäßig“) alle Namens und Titelangaben der betroffenen Person enthalten sind. Zudem kann die Schlüsseltabelle 53 verwendet werden, die wohl auch XAusländer nutzt.

Variante 3: Bedarfsmäßige Anpassung/Wegfall einzelner Nachrichten.

Variante 4: Alles bleibt so wie es ist."

Dieses Thema muss im EG besprochen werden, ist jedoch gemäß Änderungsbeirat nicht mit höchster Priorität zu XMeld-Release 2.0 zu bearbeiten. Eine Beschäftigung mit diesem Thema in einer der Folge-Release ist nicht ausgeschlossen.

Wenn eine Zusammenlegung erfolgen soll, so ist laut Änderungsbeirat die Variante 2 eher priorisiert (Mischung aus Datensparsamkeit und Vereinfachung der Fortschreibung)

5. *"Wird aus der Nachricht 0198 und Nachricht 0204 eine Nachricht gemacht?"*

Diese Frage ist im Rahmen der Überarbeitung der Rückmeldung und der Fortschreibung noch zu klären.

Anmerkungen (Detailanmerkungen zu Nachrichten):

1. Nachricht 0042 und 0043 können zusammengelegt werden, da irrelevant ist, ob es sich um eine Korrektur oder Änderung handelt. Eine der Nachrichten könnte daher wegfallen?
2. Überarbeitung der Fortschreibungsnachrichten rund um die Staatsangehörigkeit CR 165/2011: Es soll geprüft werden, ob eine Reduzierung der Nachrichten möglich ist. Für jeden Sachverhalt einer Staatsangehörigkeitsänderung gibt es eine spezielle Nachricht. Eine Reduzierung ist möglich, müsste dann aber analog für alle Fortschreibungsnachrichten durchgeführt werden, siehe Variante 1 und 2 oben.
3. Wozu Unterscheidung in 0035 und 0036 nötig, kann nicht eine Nachricht entfallen???
4. Ein Sachverhalt kann mit zwei Nachrichten (0038 oder 0039) mitgeteilt werden: Statuswechsel innerhalb der Gemeinde mit Beibehaltung der alten HW als NW. Das ist verwirrend, Vorschlag: Nur eine Nachricht für einen Sachverhalt.
5. Unterschiedliche Begriffsbestimmungen:

Nachricht 0038: Erweiterter Statuswechsel innerhalb der Gemeinde = Neue HW und alte HW wird als NW beibehalten.
Nachricht 0039: Erweiterter Statuswechsel innerhalb der Gemeinde = Neue HW und alte HW wird aufgegeben. Klassischer Statuswechsel = Neue HW und alte HW wird als NW beibehalten.
Was soll denn nun ein Erweiterter Statuswechsel innerhalb der Gemeinde sein?
6. Bei Nachricht 0077 wird auf die Bedeutung der Mitteilung im Zusammenhang mit Wahlen verwiesen, der Inhalt der Nachricht ist für Wahlen jedoch unerheblich?! Vorschlag: Hinweis streichen.
7. In der Nachricht 0013 werden keine Nachweisdaten übermittelt, sie werden auch nicht gespeichert, da es kein DS-Meld-Blatt hierfür gibt. Streichen?
8. Löschung einer Doppelerfassung wird mit 0075 mitgeteilt, da diese Information für die andere MB ohne Konsequenz ist, sollte hier keine Mitteilung erfolgen.

Bearbeitet durch: Frankfurt/FZ

Bearbeitet am: 2013-12-04

Grundsätzliches:

Fazit aus der Bearbeitung der Fortschreibung und der Praxis: Das Fortschreibungskapitel ist das umfangreichste Kapitel mit den meisten Nachrichten. Für fast jeden Fall gibt es eine spezielle Nachricht, so dass es auch in der Praxis schwer ist einen Überblick zu behalten. Die vielen unterschiedlichen Nachrichten führen oft zur Verwirrung und bringen telefonische Nachfragen mit sich. Der Pflegeaufwand scheint auch erheblich zu sein. Daher gibt es folgenden übergreifenden Vorschlag:

Zu den gebildeten Datenübermittlungsanlässen der Fortschreibung nur noch je eine Nachricht erstellen, die den Kontext abbildet. Beim Anlass „Name“ gibt es dann zum Beispiel statt 11 Nachrichten nur noch eine Nachricht, in der („bruttomäßig“) alle Namens und Titelangaben der betroffenen Person enthalten sind. Zudem kann die Schlüsseltabelle 53 (Korrektur/Änderung) verwendet werden, die wohl auch XAusländer nutzt.

ABER: Der Änderungsbeirat setzt bei der Überarbeitung des Fortschreibungskapitels nur eine niedrigere Priorität. Eine grundsätzliche Änderung der Nachrichten macht also nur bei den Anlässen Sinn, die ohnehin aufgrund des BMG „angefasst“ werden müssen. Alle anderen Anlässe sollten nach dem BMG-Release überarbeitet werden.

Hinweise zur Bearbeitung von „Ablauf im Detail“:

- Es wurde versucht für die Prozessbeschreibung eine Formulierung zu finden, die annähernd für alle Nachrichten gleich verwendet werden kann. Ansonsten wurde nicht allzu viel angepasst, da ja im Nachgang zum BMG noch weitere Anpassungen erfolgen. Die bisherigen Formulierungen sind nicht immer „schick“ oder lassen Fragen offen, aber eine doppelte Anpassung macht wohl keinen Sinn.
 - Rücknahme-Nachrichten wurden auch beim jeweiligen Anlass angeführt, nicht unter dem Anlass Rücknahme. Aus meiner Sicht ist das für die Übersichtlichkeit und die Beurteilung des Anlasses notwendig. Dies kann aber natürlich noch mal geändert werden.
1. Löschung einer Doppelerfassung wird mit 0075 mitgeteilt, da diese Information für die andere MB ohne Konsequenz ist, sollte hier keine Mitteilung erfolgen.

Was ist neben den Fragestellungen in der Spezifikation (rot) zu tun?

1. Nachrichten Anpassung für den Anlass „gesetzlicher Vertreter“. Bisher gab es nur eine Übermittlung von der HW des Kindes an die NW des Kindes
Nicht von der HW/AW des gesetzlichen Vertreters an die AW/HW des Kindes. Wenn der gesetzliche Vertreter verstirbt oder verzieht soll seine HW/AW die HW/AW des Kindes informieren (siehe § 33 BMG). Zudem müsste nun auch eine ASP übermittelt werden (siehe § 3 BMG).

Ggf. können in einer neuen Nachricht, die Nachrichten 0018, 0020, 0022, 0023, 0071 in einer Bruttonachricht „gesetzlicher Vertreter“ aufgehen (inkl. Schlüsseltabelle 53).
2. Nachrichten Anpassung für den Anlass „Kind“. Bisher gab es nur eine Übermittlung von der HW des gesetzlichen Vertreters zur NW des gesetzlichen Vertreters, aber keine Mitteilung von der HW/AW des Kindes an die Meldebehörde des gesetzlichen Vertreters (siehe § 33 BMG). Zudem wird ab dem BMG auch neu die Anschrift des Kindes gespeichert, das macht auch die Speicherung und Fortschreibung der ASP notwendig (siehe § 3 BMG).

Ggf. können in einer neuen Nachricht, die Nachrichten 0013, 0059, 0060, 0061, 0062 in einer Bruttonachricht „Kind“ aufgehen (inkl. Schlüsseltabelle 53).
3. Nachrichten Anpassung beim Anlass „Ehegatten und Lebenspartner“ Zusammenlegung der Nachrichten 0025+0086+0087+ggf.0011?
4. Laut CR 165/2011 sollen die Nachrichten im Anlass „Staatsangehörigkeit“ überarbeitet und reduziert werden. Da sonst keine Änderung in diesem Bereich ansteht, könnte das Vorhaben auch noch mal verschoben werden bis nach dem BMG alle Fortschreibungsnachrichten einheitlich gestaltet werden können (siehe oben).

Bearbeitet durch: AG Mod

Bearbeitet am: 2014-01-09

Als Leitlinie zur Bearbeitung des Themas wird bestätigt bzw. beschlossen:

- o Kleine Lösung jetzt:

- Nur die nötigen Änderungen gemäß BMG (plus redaktionelle Überarbeitung) sind jetzt auszuführen (zu Release K).
- Die neuen Datenblätter sollen dabei vorhandenen Nachrichten zugeordnet werden, neue Nachrichten sollen also vermieden werden.
- Große Lösung später, aber nicht aufgehoben:
 - Umfassendere Restrukturierung von Kapitel (Neugliederung nach Liste der Standardanlässe) und Nachrichten (Zusammenfassung von Nachrichten nach Themen) sollen erst zu einem späteren Zeitpunkt (Release L oder M) durchgeführt werden.
 - Hierzu ist ein CR vorzubereiten. Grundlage ist die Überarbeitung des Kapitels von FZ.

Bearbeitet durch: FZ

Bearbeitet am: 2014-01-30

Neu	Hintergrund	Vorschlag
Gesetzlichen Vertreter: Geschlecht (0917)	Neu in § 3 I Nr. 9 BMG	In Nachricht 0018, 0020, 0022, 0023 und 0071 einfügen
Gesetzlicher Vertreter: Sperren (0918, 0919)	Neu in § 3 I Nr. 9 BMG	In Nachricht 0018, 0020, 0023 und 0071 einfügen
Gesetzlicher Vertreter: Art/Schlüssel (0001)	DSMeld Blatt 0901 ist weggefallen, wird ersetzt durch Blatt 0001	Ggf. Schlüsseltabelle 3 anpassen
Kind: Geschlecht, Anschrift (1604a, 1200 – 1213)	Neu in § 3 I Nr. 16 BMG	In Nachricht, 0013, 0059, 0060, 0061 und 0062 einfügen
Kind: Sperre (1606, 1607)	Neu in § 3 I Nr. 16 BMG	In Nachricht 0013, 0059, 0060 und 0061 einfügen
Partner: Geburtsname, Geschlecht, weitere Anschriften* (1502a-c, 1506 1518a-c, 1522)	Neu in § 3 I Nr. 15 BMG	Aufnahme in Nachrichten 0004, 0008, 0009, 0011, 0025, 0071, 0082, 0086, 0087,
Betroffener hat auswärtige beigeschriebene Person, Betroffener verstirbt oder verzieht, dann Info an MB der beigeschriebenen Person	§ 33 III BMG	Das Thema wird erstmal nur für Partner umgesetzt. Die Ausgestaltung erfolgt nicht im Kapitel „Fortschreibung“ sondern in der Partnerfortschreibung.
Betroffener: Nicht steuererhebende Religion (1104) Wird nicht in allen Bundesländern gespeichert?!	Datenblatt 1104 neu in §§ 5 und 7 BMelddv	Aufnahme in Nachricht 0066, optional (bei der Statistikerweiterung wurde schon ein neuer Datentyp erstellt, ggf. den nehmen)
Betroffener: Familienstand (1408, 1409)	Datenblätter 1408 (Ort ESL) und 1409 (Staat ESL) neu in §§ 5 und 7 BMelddv	Aufnahme in Nachrichten 0004, 0008, 0009, 0082
Betroffener: Einwilligungsvorbehalt (1803, 1804)	Datenblätter 1803 und 1804 neu in §§ 5 und 7 BMelddv	Aufnahme in Nachricht 0005

Zudem wurde in der Vorbereitungsgruppe „Fortschreibung“ noch die Frage nach der Übermittlung von bedingten Sperrvermerken aufgeworfen. In § 33 Absatz IV BMG und auch bei den beigeschriebenen Personen ist jedoch nur von § 51 BMG die Rede, also von der ASP. Ich habe sie daher nicht mit vorgesehen.

*Weitere Meldebehörden müssen über Fortschreibungen nur unterrichtet werden, soweit diese sie zur Aufgabenerfüllung brauchen (siehe § 33 Abs. III BMG). Ich sehe keinen Sinn darin die Nebenwohnungen über weitere Anschriften des Partners zu informieren. Dies

würde nur mehr Arbeit bei der Nebenwohnung verursachen, aber aus meiner Sicht keinen Mehrwert bringen.

Bearbeitet durch: CAB

Bearbeitet am: 2014-02-14

Lösungsvorschlag für Release K wird, wie unter 2014-01-09 beschrieben vorgestellt. Der Änderungsbeirat stimmt diesem Vorgehen zu.

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2014-03-02

Die Punkte der Tabelle von FZ von 2014-01-30 wurden bearbeitet:

Nachricht 0018:

- Dokumentation der Nachricht wurde bzgl. der Rechtsgrundlage geändert.
- Das Geschlecht des gesetzlichen Vertreters ist sowohl für das Element vertreter.alt als auch für das Element verterter.neu optional aufgenommen, da der Eintrag ab dem 01. Mai 2015 nicht zwingend bereits zur Verfügung steht. Die Dokumentation wurde jeweils bzgl. der Rechtsgrundlage (§ 3 Abs. 1 Nr. 9 BMG) geändert.
- Auskunftssperren: Die Nachricht wurde geprüft. Durch die Aufnahme der Auskunftssperre in die Typen type.GesetzlicherVertreter und type.GesetzlicherVertreterOhneSterbetag ist die Auskunftssperre zwar bereits enthalten, die Kardinalität ist jedoch 0..1. Es kann jedoch zu jeder Person mehr als eine Auskunftssperre eingetragen sein. Die Kardinalität beim Gesetzlichen Vertreter ist ggf. auf 0...3 zu ändern.
- Art der gesetzlichen Vertretung: Die Umstellung der Codeliste ist bereits durch die CRs Umstellung auf Datentyp Code sowie die Umstellung des DSMeld abgedeckt. Bei der Überprüfung ist jedoch aufgefallen, dass noch eine DSMeld-referenz auf das nicht mehr existierende Blatt 0901 existiert. Diese ist noch zu ändern.

Analyse für zukünftiges Release: Diese Nachricht sollte bestehen bleiben, um alle Änderungen an gesetzlichen Vertretern zu übermitteln. Dazu müssten die Elemente vertreter.neu und vertreter.alt optional sein, so dass auch ein Löschen bzw. ein Hinzufügen mitgeteilt werden kann. Ggf. sind weitere Informationen wie Sterbetag etc. aufzunehmen.

Nachricht 0020:

- Das Geschlecht des gesetzlichen Vertreters wurde für das Element vertreter optional aufgenommen, da der Eintrag ab dem 01. Mai 2015 nicht zwingend bereits zur Verfügung steht. Die Dokumentation wurde bzgl. der Rechtsgrundlage (§ 3 Abs. 1 Nr. 9 BMG) geändert.
- Auskunftssperren: Die Nachricht wurde geprüft. Durch die Aufnahme der Auskunftssperre in die Typen type.GesetzlicherVertreter und type.GesetzlicherVertreterOhneSterbetag ist die Auskunftssperre zwar bereits enthalten, die Kardinalität ist jedoch 0..1. Es kann jedoch zu jeder Person mehr als eine Auskunftssperre eingetragen sein. Die Kardinalität beim Gesetzlichen Vertreter ist ggf. auf 0...3 zu ändern.
- Art der gesetzlichen Vertretung: Die Umstellung der Codeliste ist bereits durch die CRs Umstellung auf Datentyp Code sowie die Umstellung des DSMeld abgedeckt. Bei der Überprüfung ist jedoch aufgefallen, dass noch eine DSMeld-referenz auf das nicht mehr existierende Blatt 0901 existiert. Diese ist noch zu ändern.

Nachricht 0022:

- Das Geschlecht des gesetzlichen Vertreters wurde für das Element vertreter optional aufgenommen, da der Eintrag ab dem 01. Mai 2015 nicht zwingend bereits zur Verfügung steht.
- Anmerkung: in dieser Nachricht ist die Übermittlung von Auskunftssperren nicht zwingend erforderlich.

- Auskunftssperren: Die Nachricht wurde geprüft. Durch die Aufnahme des der Auskunftssperre in die Typen `type.GesetzlicherVertreter` und `type.GesetzlicherVertreterOhneSterbetag` ist die Auskunftssperre zwar bereits enthalten, die Kardinalität ist jedoch 0..1. Es kann jedoch zu jeder Person mehr als eine Auskunftssperre eingetragen sein. Die Kardinalität beim Gesetzlichen Vertreter ist ggf. auf 0...3 zu ändern.
- Art der gesetzlichen Vertretung: Die Umstellung der Codeliste ist bereits durch die CRs Umstellung auf Datentyp Code sowie die Umstellung des DSMeld abgedeckt. Bei der Überprüfung ist jeocdh aufgefallen, dass noch eine DSMeld-referenz auf das nicht mehr existierende Blatt 0901 existiert. Diese ist noch zu ändern.

Nachricht 0023:

- Geschlecht des gesetzlichen Vertreters ist sowohl für das Element `vertreter.hinzkommend` als auch für das Element `vertreter.wegfallens` optional aufgenommen, da der Eintrag ab dem 01. Mai 2015 nicht zwingend bereits zur Verfügung steht.
- Auskunftssperren: Die Nachricht wurde geprüft. Durch die Aufnahme des der Auskunftssperre in die Typen `type.GesetzlicherVertreter` und `type.GesetzlicherVertreterOhneSterbetag` ist die Auskunftssperre zwar bereits enthalten, die Kardinalität ist jedoch 0..1. Es kann jedoch zu jeder Person mehr als eine Auskunftssperre eingetragen sein. Die Kardinalität beim Gesetzlichen Vertreter ist ggf. auf 0...3 zu ändern.
-
- Art der gesetzlichen Vertretung: Die Umstellung der Codeliste ist bereits durch die CRs Umstellung auf Datentyp Code sowie die Umstellung des DSMeld abgedeckt. Bei der Überprüfung ist jedoch aufgefallen, dass noch eine DSMeld-referenz auf das nicht mehr existierende Blatt 0901 existiert. Diese ist noch zu ändern.

Nachricht 0071:

- Geschlecht des gesetzlichen Vertreters ist für das Element `elternteil` optional aufgenommen, da der Eintrag ab dem 01. Mai 2015 nicht zwingend bereits zur Verfügung steht.
- Auskunftssperren: Die Nachricht wurde geprüft. Durch die Aufnahme des der Auskunftssperre in die Typen `type.GesetzlicherVertreter` und `type.GesetzlicherVertreterOhneSterbetag` ist die Auskunftssperre zwar bereits enthalten, die Kardinalität ist jedoch 0..1. Es kann jedoch zu jeder Person mehr als eine Auskunftssperre eingetragen sein. Die Kardinalität beim Gesetzlichen Vertreter ist ggf. auf 0...3 zu ändern.
- Art der gesetzlichen Vertretung: Die Umstellung der Codeliste ist bereits durch die CRs Umstellung auf Datentyp Code sowie die Umstellung des DSMeld abgedeckt. Bei der Überprüfung ist jeocdh aufgefallen, dass noch eine DSMeld-referenz auf das nicht mehr existierende Blatt 0901 existiert. Diese ist noch zu ändern.

Nachricht 0013

- Hier scheinen entgegen des Vorschlages von FZ nicht die Daten des Kindes sinnvoll zu sein, sondern des Elternteils. Durch Verwendung des Typs `type.GesetzlicherVertreterOhneSterbetag` sind sowohl Geschlecht, und Auskunftssperren enthalten.
- AG Modellierung sollte dies nochmal bestätigen.

Nachricht 0059

- Geschlecht, Anschrift, sowie Auskunftssperre sollen aufgenommen werden. In der Nachricht wird statt des Typs `type.identifikation.kind` nun der Typ `type.kind.mit.sperre` verwendet. Dieser enthält sowohl Angaben zur Anschrift, als auch zu Auskunftssperren und Geschlecht des Kindes. Die Dokumentation der Nachricht sowie der Kindelemente wurde bzgl. des BMG angepasst.

Nachricht 0060

- Geschlecht, Anschrift, sowie Auskunftssperre sollen aufgenommen werden. In der Nachricht wird statt des Typs `type.identifikation.kind` nun der Typ `type.kind.mit.sperre` verwendet. Dieser enthält sowohl Angaben zur Anschrift, als auch zu Auskunftssperren und Geschlecht des Kindes. Die Dokumentation der Nachricht sowie der Kindelemente wurde bzgl. des BMG angepasst.

Nachricht 0061

- Geschlecht, Anschrift, sowie Auskunftssperre sollen aufgenommen werden. In der Nachricht wird statt des Typs `type.identifikation.kind` nun der Typ `type.kind.mit.sperre` verwendet. Dieser enthält sowohl Angaben zur Anschrift, als auch zu Auskunftssperren und Geschlecht des Kindes. Die Dokumentation der Nachricht sowie der Kindelemente wurde bzgl. des BMG angepasst.

Nachricht 0062

- Geschlecht, Anschrift, sowie Auskunftssperre sollen aufgenommen werden. In der Nachricht wird statt des Typs `type.identifikation.kind` nun der Typ `type.kind.mit.sperre` verwendet. Dieser enthält sowohl Angaben zur Anschrift, als auch zu Auskunftssperren und Geschlecht des Kindes. Die Dokumentation der Nachricht sowie der Kindelemente wurde bzgl. des BMG angepasst.

Nachricht 0004

- Geschlecht, Anschrift, sowie Auskunftssperre und Geburtsname sollen aufgenommen werden. In der Nachricht wird statt des Typs `type.identifikation.partner` nun der Typ `type.partner.mit.sperre` verwendet. Dieser enthält sowohl Angaben zur Anschrift, als auch zu Auskunftssperren und Geschlecht und Geburtsnamen des Partners. Die Dokumentation der Nachricht sowie der Kindelemente wurde bzgl. des BMG angepasst.
- bei Typ `type.partner.mit.sperre` ist zu klären, ob die Kardinalität angepasst werden muss, da ggf. mehrere Auskunftssperren eingetragen sein können.

Nachricht 0008

- Geschlecht, Anschrift, sowie Auskunftssperre und Geburtsname sollen aufgenommen werden. In der Nachricht wird statt des Typs `type.identifikation.partner` nun der Typ `type.partner.mit.sperre` verwendet. Dieser enthält sowohl Angaben zur Anschrift, als auch zu Auskunftssperren und Geschlecht und Geburtsnamen des Partners. Die Dokumentation der Nachricht sowie der Kindelemente wurde bzgl. des BMG angepasst.
- bei Typ `type.partner.mit.sperre` ist zu klären, ob die Kardinalität angepasst werden muss, da ggf. mehrere Auskunftssperren eingetragen sein können.

Nachricht 0009

- Hier sind keine Daten zum Partner vorhanden, daher wurden auch keine neu aufgenommen.
- Dokumentation wurde an BMG angepasst.

Nachricht 0011

- Hier sind keine Daten zum Partner vorhanden, daher wurden auch keine neu aufgenommen.
- Dokumentation wurde an BMG angepasst.

Nachricht 0025

- Geschlecht, Anschrift, sowie Auskunftssperre und Geburtsname sollen aufgenommen werden. In der Nachricht wird statt des Typs `type.identifikation.partner` nun der Typ `type.partner.mit.sperre` verwendet. Dieser enthält sowohl Angaben zur Anschrift, als auch zu Auskunftssperren und Geschlecht und Geburtsnamen des Partners. Die Dokumentation der Nachricht sowie der Kindelemente wurde bzgl. des BMG angepasst.
- bei Typ `type.partner.mit.sperre` ist zu klären, ob die Kardinalität angepasst werden muss, da ggf. mehrere Auskunftssperren eingetragen sein können.

Analyse für zukünftiges Release: Diese Nachricht sollte bestehen bleiben, um alle Änderungen an gesetzlichen Vertretern zu übermitteln. Dazu müssten die Elemente `vertreter.neu` und `vertreter.alt` optional sein, so dass auch ein Löschen bzw. ein Hinzufügen mitgeteilt werden kann. Ggf. sind weitere Informationen wie Sterbetag aufzunehmen.

Nachricht 0071

- Geschlecht, Anschrift, sowie Auskunftssperre und Geburtsname sollen aufgenommen werden. In der Nachricht wird statt des Typs `type.identifikation.partner` nun der Typ `type.partner.mit.sperre` verwendet. Dieser enthält sowohl Angaben zur Anschrift, als auch zu Auskunftssperren und Geschlecht und Geburtsnamen des Partners. Die Dokumentation der Nachricht sowie der Kindelemente wurde bzgl. des BMG angepasst.
- bei Typ `type.partner.mit.sperre` ist zu klären, ob die Kardinalität angepasst werden muss, da ggf. mehrere Auskunftssperren eingetragen sein können.

Nachricht 0082

- Geschlecht, Anschrift, sowie Auskunftssperre und Geburtsname sollen aufgenommen werden. In der Nachricht wird statt des Typs `type.identifikation.partner` nun der Typ `type.partner.mit.sperre` verwendet. Dieser enthält sowohl Angaben zur Anschrift, als auch zu Auskunftssperren und Geschlecht und Geburtsnamen des Partners. Die Dokumentation der Nachricht sowie der Kindelemente wurde bzgl. des BMG angepasst.
- bei Typ `type.partner.mit.sperre` ist zu klären, ob die Kardinalität angepasst werden muss, da ggf. mehrere Auskunftssperren eingetragen sein können. Nachrichten 0086, 0087,
- enthielten bereits den Typ `partner.mit.sperre` und wurden daher nur redaktionell angepasst.

Nachrichten 0004, 0008, 0009, 0082

- Nachrichten 0004, 0008, 0009, 0082 wurde bereits der `type.familienstand` verwendet. Es erfolgte nur eine redaktionelle Anpassung

Nachricht 0066

- Nachricht 0066 enthielt bereits das Datenblatt 1104, da es länderintern bereits übermittelt werden durfte. Die Dokumentation der Nachricht wurde angepasst, da die Einschränkung auf landesinterne Übermittlung nicht mehr zwingend ist.

Nachricht 0005

- das Element `einwilligungsvorbehalt` wurde aufgenommen. Die Dokumentation ist noch abzustimmen.

Folgender Punkt wurde noch nicht bearbeitet:

Zudem wurde in der Vorbereitungsgruppe „Fortschreibung“ noch die Frage nach der Übermittlung von bedingten Sperrvermerken aufgeworfen. In § 33 Absatz IV BMG und auch bei den beigeschriebenen

Personen ist jedoch nur von § 51 BMG die Rede, also von der ASP. Ich habe sie daher nicht mit vorgesehen.

Zu Punkt:

*Weitere Meldebehörden müssen über Fortschreibungen nur unterrichtet werden, soweit diese sie zur Aufgabenerfüllung brauchen (siehe § 33 Abs. III BMG). Ich sehe keinen Sinn darin die Nebenwohnungen über weitere Anschriften des Partners zu informieren. Dies würde nur mehr Arbeit bei der Nebenwohnung verursachen, aber aus meiner Sicht keinen Mehrwert bringen.

Diesem Punkt wird zugestimmt und dadurch unterstützt, dass der DSMeld nicht vorsieht, das weitere als die Hauptwohnungsanschrift der beigeschriebenen Person übermittelt wird.

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2014-04-18

Durch die Klärung zum Thema Umgang mit Einwilligungen zum Adresshandel und zu Werbezwecken (siehe CR 2012-39) ergibt sich folgender Auftrag für diesen CR:

Aus der Antwort der UAG Org folgt, dass die Einwilligung in die Nachricht 0203 aufgenommen werden muss. Wird die Einwilligung bei der Zuzugsmeldebehörde erteilt, so wird sie in der Nachricht 0201, bzw. 0202 und 0206 an die Wegzugsmeldebehörde übermittelt und dort übernommen. Sofern bei der Wegzugsmeldebehörde eine Einwilligung vorliegt, die nicht in der Zuzugsmeldebehörde vorliegt, muss die Wegzugsmeldebehörde die Abweichung an die Zuzugsmeldebehörde mitteilen. Die Zuzugsmeldebehörde prüft dann entsprechend und sendet im Anschluss ggf. eine Fortschreibenachricht an die betroffenen Meldebehörden.

Die Nachrichten im Rückmeldekontext sind zu prüfen und ggf. anzupassen.

Es ist zu prüfen, ob es bereits eine passende Fortschreibnachricht für die Übermittlung gibt. Dies erfolgt im Rahmen des CR zur Anpassung der Fortschreibung an das BMG.

Fortschreibenachricht 0005

In der Bearbeitung von 2014-01-30 wurde das Element `einwilligungsvorbehalt` in die Nachricht 0005 aufgenommen. Dies scheint nicht ganz richtig zu sein, da kein Vorbehalt übermittelt wird, sondern eine Einwilligung zum Adresshandel und zu Werbezwecken. Das Element wird daher umbenannt. Da nun sowohl Auskunftssperren als auch Einwilligungen mit der Nachricht 0005 übermittelt werden können, wurden beide Elemente optional aufgenommen. Die Dokumentation wurde entsprechend angepasst.

Fortschreibenachricht 0050

Analog zu Fortschreibenachricht 0005 wurde die Nachricht 0050 angepasst.

Die zu übermittelnden Auskunftssperren wurden um die Sperre 11 erweitert.

Bearbeitet durch: EG W&P

Bearbeitet am: 2014-05-12

Derzeit ist es möglich, eine NW nicht nur (a) bei der HW, sondern auch (b) bei der NW abzumelden. Eine XMeld-Nachricht der durchführenden MB informiert dabei jeweils die anderen zuständigen MB. Nach der neuen Regelung im BMG §21 (4) soll in Zukunft (b) nicht mehr zulässig sein.

In die HAW zu XMeld K soll folgende Übergangsregelung aufgenommen werden:

"Für eine Übergangszeit bleiben die Nachrichten zur Abmeldung der NW bei der NW erhalten. Dies ist erforderlich, um die Qualität der Melderegister für die Zeit der Einführung des BMG abzusichern."

Feststellungen der AG Mod:

- Für die Unterrichtung der Meldebehörden der weiter bestehenden Wohnungen ist künftig ausschließlich die MB der HW zuständig.
- Die weiteren Übermittlungspflichten der NW-MB bleiben unberührt.

Begutachtung der Begriffsdefinitionen

Fortschreibungsnachricht

Die AG Test bestätigt das Ersetzen der Definition durch den Vorschlag von Frauke Zecher in ihrer Überarbeitung des Kapitels vom 08.05.2014 (per E-Mail an JH):

"Nach einer Fortschreibung des Melderegisters gemäß § 33 Abs. 3 und 4 BMG werden weitere Meldebehörden über die Änderung oder Korrektur informiert. Je nach Art der Änderung wird eine spezielle „Fortschreibungsnachricht“ ausgelöst."

Begutachtung der Übersicht über den Ablauf

Die Tabelle "III.4.1. Datenumfang der Fortschreibung gemäß § 8 Abs. 1 1. BMeldDÜV" muss im Hinblick auf den derzeitigen Stand der 1. BMeldDÜV aktualisiert werden.

Begutachtung des Ablaufs im Detail

Der Absatz beginnend mit "In diesen Fällen muss die empfangende Meldebehörde eine Klärung des Sachverhalts..." soll vor die Abbildung "III.4.2. Aktivitäten im Zusammenhang mit der Fortschreibung (Prozessmodell)" gesetzt werden, da er inhaltlich zur vorhergehenden Aufzählung gehört.

Begutachtung der Nachrichten und Datentypen

Aufgrund der zeitlichen Beschränkung kann sich die AG Test ausschließlich auf die von JH in der Bearbeitung vom 2014-03-02 dokumentierten Änderungen, sowie die Nachrichten im Kontext des Bezugs und der Abmeldung von Nebenwohnungen und im Kontext des Löschsens von Einwilligungen nach § 44 Abs. 3 Satz 2 BMG konzentrieren.

Die folgenden Nachrichten wurden geprüft und im Hinblick auf die vorgenommenen Änderungen für in Ordnung befunden, sofern die nachrichtenübergreifende Anmerkung der AG Test berücksichtigt wird.

- **0004, 0005, 0008, 0009, 0011**
- **0013**
 - Die AG Test bestätigt, dass nicht die Daten des Kindes, sondern die Daten des Elternteils relevant sind.
- **0018**
 - Das Ergebnis der Analyse für ein zukünftiges Release wird von der AG Test befürwortet.
- **0020, 0022, 0023**
- **0025**
 - Das Ergebnis der Analyse für ein zukünftiges Release wird von der AG Test befürwortet.
- **0059, 0060, 0061, 0062**
 - Im Hinblick auf die Anschrift des Kindes sollte nicht der Typ `type.Wohnung` mit Wohnungsstatus genutzt werden, da laut dem BMG nur *eine* Anschrift, das heißt die Anschrift der eventuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung ohne Angabe des Wohnungsstatus, übermittelt wird.
- **0066, 0071, 0082, 0086, 0087**

Nachrichtenübergreifende Anmerkung

Auskunftssperren in `type.GesetzlicherVertreter[OhneSterbetag]`,
`type.kind.mit.sperre` und `type.partner.mit.sperre`:

Die AG Test stimmt der Aussage zu, dass für gesetzliche Vertreter, Kinder und Ehegatten bzw. Lebenspartner mehr als eine Auskunftssperre vorliegen kann. Es ist zu prüfen, ob anstelle der Multiplizität "0..3" die Multiplizität "0..2" ausreichend ist, da sich einige Sperren gegenseitig ausschließen.

Begutachtung der Nachrichten 0035 und 0036

Erörterung der möglichen Aktivitäten bei der Abmeldung einer Nebenwohnung

Die Nachricht 0035 bzw. 0036 kann zur Information versendet werden

1. von der MB der abgemeldeten *NW* an die MB der *HW* und von der MB der *HW* an alle weiteren MBs mit *NWs*, oder
2. von der MB der *HW* an die MB der abgemeldeten *NW* und an alle weiteren MBs mit *NWs*.

Somit besteht im Hinblick auf die Umsetzung der Anforderungen des BMG kein Anpassungsbedarf an den Nachrichten 0035 und 0036.

Begutachtung der Nachricht 0037

Anpassung der Nachrichtendokumentation

IST: "Mitgeteilt wird die Einrichtung einer weiteren Nebenwohnung innerhalb der sendenden Gemeinde durch den Betroffenen. Diese Nachricht ist auch von der Hauptwohnung an alle weiteren Nebenwohnungen zu übermitteln, wenn eine Nebenwohnung mit der Hauptwohnung das Rückmeldeverfahren durchgeführt hat."

SOLL: "~~Mitgeteilt wird die Einrichtung einer weiteren Nebenwohnung innerhalb der sendenden Gemeinde durch den Betroffenen.~~ Diese Nachricht ist **auch** von der Hauptwohnung an alle weiteren Nebenwohnungen zu übermitteln, wenn eine Nebenwohnung mit der Hauptwohnung das Rückmeldeverfahren durchgeführt hat."

Begründung: Die MB der Nebenwohnung unterrichtet die MB der Hauptwohnung im Rahmen des *Rückmeldeverfahrens*, auch wenn bereits weitere Nebenwohnungen im Zuständigkeitsbereich der MB der bezogenen Nebenwohnung bestehen (siehe die neue Dokumentation zum Anlass "Bezug einer Nebenwohnung" im Rückmeldeverfahren).

Begutachtung der Nachricht 0050

Im Kontext der Vorgaben bzgl. der Übermittlung von Einwilligungen nach § 44 Abs. 3 Satz 2 BMG ist eine Fortschreibungsnachricht zum Löschen einer Einwilligung notwendig (siehe CR 2012-39, Bearbeitung am 2014-04-17 und Bearbeitung am 2014-04-18).

Die Nachricht 0050 erlaubt zukünftig das Löschen einer Einwilligung. Ihre Dokumentation ist den Anforderungen adäquat. Es besteht kein weiterer Handlungsbedarf.

Begutachtung der Anmerkungen von GWS

Kommentare zum Fortschreibungskapitel, von Gabriele Wenzlick-Stiebler, per E-Mail am 12.05.2014 an JH.

"Inwieweit werden im Fortschreibungskapitel und insbesondere bei den Fortschreibungsnachrichten zu Anschriften der Begriff „sendende Gemeinde“ durch den Begriff „zuständige Meldebehörde“ ersetzt?

Dies wäre auch hier zur Abgrenzung zuständige Gemeinde (= ein AGS) von zuständiger Meldebehörde (ggf. auch für mehrere AGSe zuständig) informativ. Bei einem Teil der Fortschreibungsnachrichten erwarten „außenstehende Dritte- Meldebehörden“ bei einem AGS-Wechsel oft ein Rückmeldeverfahren statt einer Anschriftsnachricht."

Die AG Test stimmt der Ersetzung zu.

"Bei den Nachrichten zur Aufgabe von Nebenwohnungen ohne Bezug einer neuen Inlandswohnung wird künftig nach § 21 Abs. 4 BMG der Sender dieser Nachricht nur die Hauptwohnung sein."

(zu Nachricht 0035) *"Nach § 21 Abs. 4 BMG teilt künftig nur noch die für den Einwohner zuständige Hauptwohnung mit."*

(zu Nachricht 0036) *"Nach § 21 Abs. 4 BMG sendet künftig die zuständige HW, NW können sowohl im Zuständigkeitsbereich der HW als auch außerhalb liegen."*

Siehe Anmerkung der AG Test in "Begutachtung der Nachrichten 0035 und 0036" dieser Bearbeitung. Laut Aussage Herrn Leders ist für einen Übergangszeitraum weiterhin eine Abmeldung bei der Meldebehörde der Nebenwohnung möglich.

(zu Nachricht 0035 und ihrer Dokumentation "Mit dieser Nachricht kann eine Nebenwohnung sowohl in der sendenden als auch in einer anderen Gemeinde aufgegeben werden.") *"Künftig nur noch für die letzte Nebenwohnungen, die nicht im Zuständigkeitsbereich der Hauptwohnung liegen."*

Die AG Test sieht hier zunächst keinen Handlungsbedarf. Eine eventuelle Überarbeitung soll bei der Umstellung auf die anlassbezogene Sicht geschehen.

(zu Nachricht 0037 und ihrer Dokumentation "Mitgeteilt wird die Einrichtung einer weiteren Nebenwohnung innerhalb der sendenden Gemeinde durch den Betroffenen.") *"Im Zuständigkeitsbereich der Hauptwohnung"*

Der betroffene Satz wurde von der AG Test bereits zum Löschen vorgeschlagen (siehe "Begutachtung der Nachricht 0037" dieser Bearbeitung).

(zu Nachricht 0037) *"Evtl. Hinweis oder Verweis auf das Rückmeldekapitel, dass künftig bei Bezug einer bzw. einer weiteren NW, die nicht im Zuständigkeitsbereich der HW liegt, stets das Rückmeldeverfahren durchzuführen ist."*

Querverweise sollten vermieden werden.

(zu Nachricht 0038) *"Im Zuständigkeitsbereich der Meldebehörde der Hauptwohnung (mit und ohne AGS-Wechsel).*

Bei NW-Umzug, der nicht im Zuständigkeitsbereich der HW liegt (mit und ohne AGS-Wechsel), wird Rückmeldeverfahren mit der Hauptwohnung durchgeführt. Hier unterrichtet die Hauptwohnung ggf. weitere bestehende NW mit der Nachricht 0038."

Dies wurde bereits berücksichtigt, zum Beispiel bei der Nachricht 0037.

(zu Nachricht 0039 und ihrer Dokumentation "Mit dieser Nachricht wird ein Statuswechsel innerhalb der sendenden Gemeinde mitgeteilt.") *"Zuständigkeitsbereich der HW"*

Die AG Test stimmt zu, dass "der sendenden Gemeinde" durch "des Zuständigkeitsbereichs der Hauptwohnung" ersetzt werden sollte.

(zu Nachricht 0041) *"Nach § 21 Abs.4 BMG künftig nur über HW möglich? Siehe auch kommentar zur Nachricht 0035."*

Dies verbleibt zu klären.

Status des CRs

in Arbeit / erfasst / erfasst

Begutachtung der Begriffsdefinitionen**1) „Fortschreibungsnachricht**

Die AG Test bestätigt das Ersetzen der Definition durch den Vorschlag von Frauke Zecher in ihrer Überarbeitung des Kapitels vom 08.05.2014 (per E-Mail an JH):

"Nach einer Fortschreibung des Melderegisters gemäß § 33 Abs. 3 und 4 BMG werden weitere Meldebehörden über die Änderung oder Korrektur informiert. Je nach Art der Änderung wird eine spezielle „Fortschreibungsnachricht“ ausgelöst."

Umsetzung: Die Definition wurde übernommen.

2) „Begutachtung der Übersicht über den Ablauf

Die Tabelle "III.4.1. Datenumfang der Fortschreibung gemäß § 8 Abs. 1 1. BMeldDÜV" muss im Hinblick auf den derzeitigen Stand der 1. BMeldDÜV aktualisiert werden."

Umsetzung: Ein Vorschlag für den Datenumfang wurde erstellt und an FZ übermittelt. - > Wartend

3) „Begutachtung des Ablaufs im Detail

Der Absatz beginnend mit "In diesen Fällen muss die empfangende Meldebehörde eine Klärung des Sachverhalts..." soll vor die Abbildung "III.4.2. Aktivitäten im Zusammenhang mit der Fortschreibung (Prozessmodell)" gesetzt werden, da er inhaltlich zur vorhergehenden Aufzählung gehört."

Umsetzung: Abschnitt wurde verschoben.

Die folgenden Nachrichten wurden geprüft und im Hinblick auf die vorgenommenen Änderungen für in Ordnung befunden, sofern die nachrichtenübergreifende Anmerkung der AG Test berücksichtigt wird.

4) „0059, 0060, 0061, 0062

Im Hinblick auf die Anschrift des Kindes sollte nicht der Typ `type.Wohnung` mit Wohnungsstatus genutzt werden, da laut dem BMG nur eine Anschrift, das heißt die Anschrift der eventuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung ohne Angabe des Wohnungsstatus, übermittelt wird."

Umsetzung: Der verwendete Datentyp `type.Kind.mit.Sperre` verwendet (in der aktuellen Fassung bereits) statt des Typs `type.Wohnung` den Typ `type.AnschriftMelderechtOhneAusland`. Es ist daher keine weitere Anpassung erforderlich.

5) „0066, 0071, 0082, 0086, 0087**Nachrichtenübergreifende Anmerkung**

*Auskunftssperren in `type.GesetzlicherVertreter[OhneSterbetag]`,
`type.kind.mit.sperre` und `type.partner.mit.sperre`:*

Die AG Test stimmt der Aussage zu, dass für gesetzliche Vertreter, Kinder und Ehegatten bzw. Lebenspartner mehr als eine Auskunftssperre vorliegen kann. Es ist zu prüfen, ob anstelle der Multiplizität "0..3" die Multiplizität "0..2" ausreichend ist, da sich einige Sperren gegenseitig ausschließen."

Umsetzung: Prüfung wird verschoben. Die Kardinalität derzeit auf 0..3 zu belassen ist unschädlich.

6) „Begutachtung der Nachricht 0037

„Anpassung der Nachrichtendokumentation

IST: "Mitgeteilt wird die Einrichtung einer weiteren Nebenwohnung innerhalb der sendenden Gemeinde durch den Betroffenen. Diese Nachricht ist auch von der Hauptwohnung an alle weiteren Nebenwohnungen zu übermitteln, wenn eine Nebenwohnung mit der Hauptwohnung das Rückmeldeverfahren durchgeführt hat."

SOLL: ~~"Mitgeteilt wird die Einrichtung einer weiteren Nebenwohnung innerhalb der sendenden Gemeinde durch den Betroffenen. Diese Nachricht ist auch von der Hauptwohnung an alle weiteren Nebenwohnungen zu übermitteln, wenn eine Nebenwohnung mit der Hauptwohnung das Rückmeldeverfahren durchgeführt hat."~~

Begründung: Die MB der Nebenwohnung unterrichtet die MB der Hauptwohnung im Rahmen des Rückmeldeverfahrens, auch wenn bereits weitere Nebenwohnungen im Zuständigkeitsbereich der MB der bezogenen Nebenwohnung bestehen (siehe die neue Dokumentation zum Anlass "Bezug einer Nebenwohnung" im Rückmeldeverfahren)."

Umsetzung: Textvorschlag wurde übernommen.

Begutachtung der Anmerkungen von GWS

Kommentare zum Fortschreibungskapitel, von Gabriele Wenzlick-Stiebler, per E-Mail am 12.05.2014 an JH.

7) „Inwieweit werden im Fortschreibungskapitel und insbesondere bei den Fortschreibungsnachrichten zu Anschriften der Begriff „sendende Gemeinde“ durch den Begriff „zuständige Meldebehörde“ ersetzt?

Dies wäre auch hier zur Abgrenzung zuständige Gemeinde (= ein AGS) von zuständiger Meldebehörde (ggf. auch für mehrere AGSe zuständig) informativ. Bei einem Teil der Fortschreibungsnachrichten erwarten „außenstehende Dritte- Meldebehörden“ bei einem AGS-Wechsel oft ein Rückmeldeverfahren statt einer Anschriftsnachricht."

Die AG Test stimmt der Ersetzung zu."

Umsetzung: Die Umsetzung des Punktes erfolgt nicht zu diesem Release, sondern mit der Überarbeitung des gesamten Fortschreibekapitels nach Release K.

8) „(zu Nachricht 0039 und ihrer Dokumentation "Mit dieser Nachricht wird ein Statuswechsel innerhalb der sendenden Gemeinde mitgeteilt.") "Zuständigkeitsbereich der HW"

Die AG Test stimmt zu, dass "der sendenden Gemeinde" durch "des Zuständigkeitsbereichs der Hauptwohnung" ersetzt werden sollte."

Umsetzung: Textvorschlag übernommen.

Bearbeitung aus dem Plenum:

9) „Derzeit ist es möglich, eine NW nicht nur (a) bei der HW, sondern auch (b) bei der NW abzumelden. Eine XMeld-Nachricht der durchführenden MB informiert dabei jeweils die anderen zuständigen MB. Nach der neuen Regelung im BMG §21 (4) soll in Zukunft (b) nicht mehr zulässig sein.

In die HAW zu XMeld K soll folgende Übergangsregelung aufgenommen werden:

"Für eine Übergangszeit bleiben die Nachrichten zur Abmeldung der NW bei der NW erhalten. Dies ist erforderlich, um die Qualität der Melderegister für die Zeit der Einführung des BMG abzusichern."

Feststellungen der AG Mod:

- *Für die Unterrichtung der Meldebehörden der weiter bestehenden Wohnungen ist künftig ausschließlich die MB der HW zuständig.*
- *Die weiteren Übermittlungspflichten der NW-MB bleiben unberührt."*

Umsetzung: Die Nachrichten wurden zu diesem Release zu diesem Thema so belassen, wie bisher.

In der Handlungsanweisung wurde der folgende Text aufgenommen:

"Für eine Übergangszeit bleiben die Nachrichten zur Abmeldung der Nebenwohnung bei der Nebenwohnung erhalten. Dies ist erforderlich, um die Qualität der Melderegister für die Zeit der Einführung des BMG abzusichern."

Bearbeitet durch: interne QS

Bearbeitet am: 2014-06-02

Begutachtung der Begriffsdefinitionen

1) „Fortschreibungsnachricht

Definition wurde übernommen.

2) „Begutachtung der Übersicht über den Ablauf

Der Datenumfang wurde überprüft und ist in Ordnung.

3) „Begutachtung des Ablaufs im Detail

Umsetzung geprüft. Alles in Ordnung.

Die folgenden Nachrichten wurden geprüft und im Hinblick auf die vorgenommenen Änderungen für in Ordnung befunden, sofern die nachrichtenübergreifende Anmerkung der AG Test berücksichtigt wird.

4) „0059, 0060, 0061, 0062

Im Hinblick auf die Anschrift des Kindes sollte nicht der Typ `type.Wohnung` mit Wohnungsstatus genutzt werden, da laut dem BMG nur eine Anschrift, das heißt die Anschrift der eventuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung ohne Angabe des Wohnungsstatus, übermittelt wird."

Umsetzung: Der verwendete Datentyp `type.Kind.mit.Sperre` verwendet (in der aktuellen Fassung bereits) statt des Typs `type.Wohnung` den Typ `type.AnschriftMelderechtOhneAusland`. Es ist daher keine weitere Anpassung erforderlich.

5) „Nachrichtenübergreifende Anmerkung

*Auskunftssperren in `type.GesetzlicherVertreter[OhneSterbetag]`,
`type.kind.mit.sperre` und `type.partner.mit.sperre`:*

Die AG Test stimmt der Aussage zu, dass für gesetzliche Vertreter, Kinder und Ehegatten bzw. Lebenspartner mehr als eine Auskunftssperre vorliegen kann. Es ist zu prüfen, ob anstelle der Multiplizität "0..3" die Multiplizität "0..2" ausreichend ist, da sich einige Sperren gegenseitig ausschließen."

Umsetzung: Prüfung wird verschoben. Die Kardinalität derzeit auf 0..3 zu belassen ist unschädlich.

Zustimmung zum verschieben.

6) „Begutachtung der Nachricht 0037

Anpassung der Nachrichtendokumentation

Umsetzung geprüft und in Ordnung.

7) „Inwieweit werden im Fortschreibungskapitel und insbesondere bei den Fortschreibungsnachrichten zu Anschriften der Begriff „sendende Gemeinde“ durch den Begriff „zuständige Meldebehörde“ ersetzt?

Zustimmung zum verschieben dieses Punktes in den Themenbereich Optimierung der Fortschreibung.

8) „(zu Nachricht 0039 und ihrer Dokumentation "Mit dieser Nachricht wird ein Statuswechsel innerhalb der sendenden Gemeinde mitgeteilt.") "Zuständigkeitsbereich der HW"

Die AG Test stimmt zu, dass "der sendenden Gemeinde" durch "des Zuständigkeitsbereichs der Hauptwohnung" ersetzt werden sollte.“

Umsetzung geprüft und ist in Ordnung.

Bearbeitung aus dem Plenum:

9) „Derzeit ist es möglich, eine NW nicht nur (a) bei der HW, sondern auch (b) bei der NW abzumelden. Eine XMeld-Nachricht der durchführenden MB informiert dabei jeweils die anderen zuständigen MB. Nach der neuen Regelung im BMG §21 (4) soll in Zukunft (b) nicht mehr zulässig sein.

In die HAW zu XMeld K soll folgende Übergangsregelung aufgenommen werden:
"Für eine Übergangszeit bleiben die Nachrichten zur Abmeldung der NW bei der NW erhalten. Dies ist erforderlich, um die Qualität der Melderegister für die Zeit der Einführung des BMG abzusichern."

Umsetzung in der Handlungsanweisung wurde geprüft und ist in Ordnung.

Versionshistorie: Fortschreibungskapitel und Anhang geprüft.

Bearbeitet durch: QS-Instanz

Bearbeitet am: 2014-06-17

Die QS-Instanz stimmt zu, dass der Weg, die Nachrichten 0035 und 0036 auch von der Nebenwohnung für eine Übergangszeit weiterhin zu nutzen, in der Handlungsanweisung beschrieben werden soll. Die QS-Instanz stellt fest, dass die Abmeldung einer Nebenwohnung von Amts wegen durch die Nebenwohnung weiterhin bestehen bleiben muss. Nachricht 0041 muss daher bestehen bleiben.

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2014-06-23

Eintrag in der Handlungsanweisung zu XMeld 2.0 wurde angepasst.

Bearbeitet durch: interne QS

Bearbeitet am: 2014-06-26

Umsetzung geprüft und in Ordnung.

Bearbeitet durch: FZ/KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2014-06-30

Die Dokumentation der Nachricht 0038 wurde angepasst, da diese durch die Änderung der Rückmeldung. Meldung neue NW an HW nur noch bei Umzügen für HW/AW verwendet wird. Bei einem Umzug NW-NW übermittelt die über die Rückmeldung informierte HW die weiteren Wohnungen.